

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, bold, white 'AfD' logo is positioned in the bottom right corner of the image. A red curved arrow, identical to the one in the smaller logo, is positioned below the letters 'fD'.

Wenn LINKE die Schuldenbremse reformieren wollen...

Zum xten Mal will die LINKE die Schuldenbremse abschaffen. Diesmal getarnt als „REFORM“. **Gemeint ist aber klar die kalte Abschaffung!** Schon seit 2020 haben wir eine große Koalition aller Altparteien fürs uferlose Schuldenmachen. Zudem wissen wir, dass der Regierung das Steuergeld auch 2025 nicht ausreichen wird.

Damit ist das Ansinnen „Grenzenlose Kredite für den Staat“ leider ernst zu nehmen. Und der Staat macht nach Habeck ja „keinerlei Fehler“... Es ist darum nicht auszuschließen, dass eine große linksgrüne Schuldenkoalition mit dieser „Reformidee“ durchaus sympathisiert. Eine „Übergangsphase“ soll künftig aus genau einem Jahr zulässiger Über-Verschuldung mehrere machen, was diametral dem Bundesverfassungs-Gericht widerspricht, das erst im vorigen November eine Aussetzung der Schuldenbremse sehr klar nur für das Jahr einer Katastrophe selbst zugelassen hatte! **Jede Überjährigkeit wurde vom Gericht explizit verboten – das interessiert linke Antragschreiber aber nicht.**

In der zweiten Forderung des Antrags soll dann die einzig harte Vorgabe des Art 115, die strukturelle Defizitgrenze von 0,35% des BIP, kassiert werden. Das aber wäre keine „Reform“ der Schuldenbremse, sondern eine materielle Änderung des Grundgesetz-Wortlauts, was

nicht per einfachem Antrag, sondern nur per Änderungsgesetz zur Verfassung mit 2/3-Mehrheit ginge. **Der Antrag ist also auch handwerklich schlecht.**

Und mit der dritten Forderung soll das ohnehin bereits hoch mathematisierte Findungsverfahren der Konjunktur-Komponente der Schuldenbremse noch weiter verkompliziert werden. Wer sich nur einmal ansatzweise die Formelwelt und die willkürlichen Schätzspielräume ansieht, die bei dieser Berechnung genutzt werden, weiß, dass eine chronisch und selbstverschuldet geldknappe Regierung darüber die zulässige Verschuldungsgrenze stark ausdehnen kann! **Das Ziel der LINKEN, noch „größere fiskalische Spielräume“ zu bekommen, ist also absurd, da diese Verschuldungs-Spielräume bereits heute riesig sind!**

Liebe Linke: Sie sollten die hier schon bestehende Planwirtschaft lieben – anstatt sie „reformieren“ zu wollen.

Dieser Text ist ein Auszug der Rede im Deutschen Bundestag, 21.3.2024 zum LINKEN-Antrag „Schuldenbremse reformieren“. Die Rede als Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=vRSOpmviWR4>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 pboehringer_mdb

 PeterBoehringer

 pboehringer

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer

Nach herbem Rückschlag nun ein kleiner Lichtblick für die deutsche Landwirtschaft

Trotz der größten Bauernproteste, die Deutschland seit Jahrzehnten je erlebt hat, mussten die deutschen Bauern Anfang des Jahres eine große Niederlage einstecken. Die Steuervergünstigung für Agrardiesel wurde ihnen unwiderwillig gestrichen. Dennoch gab es im Februar und März auch erfreuliche Nachrichten in der Agrarpolitik.

Wie Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir (Grüne) ankündigte, soll die EU-Ausnahmeregelung, die die verpflichtende Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen für das laufende Jahr aussetzt, eins zu eins in Deutschland umgesetzt werden. Außerdem will er die Direktzahlungen doch nicht wie ursprünglich geplant zu Lasten von drei neuen Ökoregelungen kürzen. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung! Jetzt muss sich Özdemir allerdings bei der EU-Kommission dafür einsetzen, dass die unsinnige Zwangstilllegung von Ackerflächen auch für den Rest der im Jahr 2017 auslaufenden Förderperiode ersatzlos streicht. Wir haben diese wichtige Forderung bereits in den Deutschen Bundestag eingebracht (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010390.pdf>).

Eine weitere gute Nachricht für die deutsche Landwirtschaft ist, dass der Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur, ein weiterer zentraler

Bestandteil des EU Green Deal, von den EU-Umweltministern mehrheitlich abgelehnt wurde und damit als gescheitert betrachtet werden kann. Das bedeutet erfreulicherweise auch, dass neue verpflichtende EU-Vorgaben zur Wiedervernässung der Moore vorerst vom Tisch sind

Für die meisten bäuerlichen Familienbetriebe wäre dieses Vorhaben existenzbedrohend gewesen. Das hätte auch bedeutet, dass Deutschland noch stärker von Lebensmittelimporten aus dem Ausland abhängig geworden wäre, als wir ohnehin schon sind.

Für uns als AfD-Fraktion steht unmissverständlich fest, dass Heimat Bauern braucht. Wir treten deshalb für den Erhalt eines starken, freien und unabhängigen Bauernstands in Deutschland ein.

In unserem Leitbild finden Sie unsere politischen Vorstellungen für eine grundlegende Reform der deutschen Agrarpolitik:

<https://afdbundestag.de/afd-fraktion-beschliesst-neues-leitbild-fuer-eine-alternative-agrar-forst-und-ernaehrungspolitik/>

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Neue Gefahr für Millionen Bürger: Kommt kein Gas mehr aus der Leitung?

Das ist der nächste Heizhammer! Auch so versucht man, Millionen Bürger zum Umbau ihrer Heizung zu zwingen – irgendwann kommt, natürlich mit Ankündigung ein paar Jahre vorher, kein Gas mehr aus der Leitung.

Der „grüne“ Wirtschaftsminister Habeck kündigt einen umfangreichen Rückbau der Gasnetze bis 2045 an. Wer so zum Austausch der Heizung genötigt wird, muss hoffen, dass er überhaupt das Geld dafür hat oder bekommt – sonst wird's kalt.

Beispielsweise kündigen die Stadtwerke Augsburg schon einen Lieferstopp an: Gaskunden erhalten laut Medienberichten Briefe, die ein Ende der Erdgaslieferung ankündigen. Die Frist beträgt etwa zehn Jahre. Angeblich wolle man eine andere „bezahlbare“ Wärmeversorgung anbieten. Verbirgt sich dahinter dann ein zwingender Anschluss an ein Fernwärmenetz, ein Zwang zur Wärmepumpe oder noch etwas anderes? Massive Umbauten in den betroffenen Häusern dürfte jede Variante mit sich bringen.

Welchen Sinn ergibt es dann, dass heute noch für über 6 Milliarden Euro zusätzliche sogenannte LNG-Terminals gebaut werden? Über diese wird dann verflüssigtes Erdgas (LNG = Liquefied Natural Gas) z.B. aus den USA angelandet, das per Tanker übers Meer kommt.

Angeblich wolle man einige dieser Terminals künftig für die Lieferung von Wasserstoff oder Ammoniak aus fernen Ländern weiternutzen. Davon haben aber die heutigen Erdgaskunden meist nichts. Das alles ist genauso nebulös wie die Ankündigung der Augsburger Stadtwerke über eine andere „bezahlbare“ Wärmeversorgung.

Die Rücksichtslosigkeit der grünen Energiepolitik ist mittlerweile mit Händen zu greifen – das ist „Transformation“ per Brechstange!

Meine Aufgabe als Berichterstatter für Habecks „Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz“ im Haushaltsausschuss ist, die Kosten für diese „Transformation“ immer wieder zu hinterfragen. Staatliche Hilfen für Hausbesitzer, Stadtwerke etc. werden wohl im Umfang von hunderten Milliarden Euro benötigt werden – Geld, das niemand hat! Eine Politik, die auf den Pfad der Vernunft zurückfinden will, müsste den Bürgern ganz im Gegensatz zu Habecks Politik eine langfristige Garantie für die Gaslieferung geben. Wenn es wirklich bessere Heiztechniken geben sollte, werden sich diese über den Markt durchsetzen und nicht über politischen Zwang!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

Angebliche und tatsächliche Subventionen in die Kernkraft

Je mehr die Notwendigkeit, zuverlässig und preiswerten Strom produzierender Kernkraftwerke offensichtlich wird, desto verzweifelter werfen anti-atom rot-grüne mit Phantasiezahlen durch die Gegend, um zu begründen warum Strom aus Kernkraft, schlimm, teuer und zeitlich nicht realisierbar wäre. Ein beliebtes Argument sind die angeblichen, riesigen Summen an Subventionen, die in die Kernkraft geflossen wären. Nun, dem muss begegnet werden.

In diesem Zusammenhang sei auf eine Frage des Unionsabgeordneten Dr. Paul Laufs (Baden-Württemberg) an die Bundesregierung vom Januar 2002 hingewiesen. Auf die Frage Laufs, wie viel Strom in Deutschen Kernkraftwerken erzeugt und wie hoch die direkten und indirekten Subventionen des Staates waren antwortet der parlamentarische Staatssekretär Mosdorf (SPD-Drucksache 14/8084 Nr.27):

„In Deutschland sind bisher in Leichtwasserreaktoren ca. 3225 Mrd. kWh erzeugt und in öffentliche Netze eingespeist worden. Subventionen für die kommerzielle Stromerzeugung aus Kernenergie gab es nicht. Allerdings wurde die Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie durch öffentliche Mittel unterstützt.“

3 Monate nach dieser Frage an die Bundesregierung hat rot-grün den Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Kernenergie beschlossen. Anzunehmenderweise sind auch danach keine Subventionen an die Betreiber geflossen. Den KENFO (Fonds zur kerntechnischen Entsorgung) haben die Betreiber mit Milliarden gefüllt, um die Kosten der End- und Zwischenlagerung zu tragen. Man sieht also, Kernenergie hat sich selbst finanziert, inklusive der noch ausstehenden Entsorgung. Dass Forschung finanziert worden ist, ist dabei selbstverständlich und in keiner Weise außergewöhnlich, wird doch, z.B. die Wasserstoffforschung zwischen 2019 und 2023 mit allein 7 Milliarden Euro bezuschusst.

Was aber benötigen die sog. Erneuerbaren Energien? Nun, das Finanzministerium rechnet für 2024 mit einem EEG Finanzierungsbedarf des Bundes von ca. 10,6 Mrd. Euro.

Auch marktwirtschaftlich zeigt sich der Wahnsinn mehr und mehr, gut funktionierende Kraftwerke abzuschalten und durch unplanbaren, zufällig auftretenden Strom ersetzen zu wollen. Nur die AfD steht für eine zuverlässige, planbare und preiswerte Energieversorgung Deutschlands.

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

Mit Künstlicher Intelligenz zur Biowaffe für Jedermann?

Die immer umfangreicheren Möglichkeiten von künstlicher Intelligenz (KI) ermöglichen es mit technisch einfachen Mitteln Massenvernichtungswaffen herzustellen. Nicht nur Atomwaffen (A-Waffen), sondern insbesondere biologische Kampfstoffe und Toxine (B- und C-Waffen) stellen eine weltweite Bedrohung für die Menschheit dar.

Als Mitglied und Obmann der AfD-Fraktion im Ausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle befaße ich mich u.a. Mit den neuen Gefahren durch KI. Rüstungskontrolle wird im internationalen Wettrennen um Forschung und Einsatz künstlicher Intelligenz immer komplizierter, auch weil viele Entwicklungen der Biochemie Dual-Use-Eigenschaften (zivil od. militärisch nutzbar) haben. Das bedeutet, sie können einerseits z.B. zum Segen der Medizin eingesetzt und andererseits durch Staaten und Terrororganisationen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen genutzt werden.

Das weltweite Datennetz hält sich dabei nicht an Ländergrenzen und regionale rechtliche Vorgaben wie beispielsweise die neue KI-Verordnung der EU. Die größte Biotechnologiemacht USA lässt sich - wie auch China, Russland oder Indien - nicht in Verifikationsmechanismen einbinden, also nicht in die

Karten schauen. Zur Sicherung des Wissensvorsprungs und aus Angst vor Industriespionage wird Zugang zu den Laboren in der Regel nicht gewährt. Es gilt der bekannte Spruch: In den USA wird geforscht, in China kopiert (und getestet) und in der EU reguliert.

Weil KI-Tools mittlerweile auch für Laien verständlich den Zugriff auf Wissen ermöglichen, besteht eine erhebliche Gefahr, dass Terrororganisationen im Netz eine Art „Bauanleitung“ finden, um umfangreiche Informationen zur Herstellung und Beschaffung der nötigen Baustoffe für Nervengifte oder Krankheitserreger zu finden und für Terroranschläge zu nutzen.

Angesichts der Geschwindigkeit der technischen Entwicklung von KI und der realen Gefahr einer Bedrohung durch biochemische Massenvernichtungswaffen, aber auch durch KI-generierte militärische Entscheidungsprozesse, bei denen der Mensch kognitiv auf Grund der Schnelligkeit gar nicht mehr mithalten kann, setze ich mich als Verteidigungspolitiker dafür ein, dass Deutschland – wie Frankreich – seine militärische Präventions- und Reaktionsfähigkeit für KI gezielt schärft und bündelt, um Risiken frühzeitig erkennen und im Ernstfall schnell und sicher reagieren zu können.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Regierung will Kinderehen tolerieren – meistens, in der Regel, irgendwie

Dass es keine arrangierten Kinderehen mehr in westlichen Gesellschaften gibt, ist eine unbezahlbare Errungenschaft. Im islamischen Raum leider wird dies nach wie vor anders gesehen. Durch die Masseneinwanderung, gerade ab 2015, fällt uns jetzt wieder etwas auf die Füße, was man als zivilisatorisch korrigiert glaubte. Die Zahlen rangieren offiziell bei einigen tausend, die Dunkelziffer dürfte jedoch viel höher sein.

Weil die Ampel ein Verfassungsurteil nicht umsetzt, könnten Kinderehen demnächst zu Deutschland gehören wie der Ramadan. Die Grünen waren ohnehin gegen ein Verbot. Die Frist läuft ab. Bis spätestens 30. Juni muss es eine Novelle geben, sonst ist das bisherige Schutzgesetz ungültig. Bemängelt wurden fehlende Ausgleichsansprüche (meist) dann ungültig verheirateter Frauen. Kinderehen wären dann in Deutschland legal.

Die FDP lässt sich wie immer treiben und im Hintergrund wirkt die Ideologie der Grünen bereits. Wenn die in Syrien geschlossene Kinderehe inzwischen „geheilt“ sei, also das Mädchen 18 geworden ist, dann könnte das doch einfach in Deutschland bestätigt werden. „Jetzt ist es halt einmal so“ könnte man das Merkel-Zitat etwas abwandeln. Unter Umständen wird die Ampel einen Kompromiss ausbrüten, dass zumin-

dest damals 16-jährige sich später nach deutschem Recht die Ehe bestätigen lassen könnten. Man solle sie einfach nach ihrer Meinung fragen.

Wie diese Meinungsbildung sich in muslimischen Familien dann darstellt, kann sich jeder denken. Die einzig richtige Lösung darf sein, dass Kinderehen grundsätzlich geächtet werden. Eine „Heilung“ muss deshalb unmöglich bleiben, um dem AfD-Ansatz einer maximalen Abschreckung der Massenmigration zu entsprechen. Eine Art Schadensersatz für die Minderjährigen, da sie in der Tat familienrechtliche Ansprüche verlieren, kann dann durchaus festgesetzt werden. Gerne auch im Bereich einer wirklich spürbaren „strafartigen“ Wirkung. Denn weiterhin muss gelten: wer straffällig wird oder seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, der muss abgeschoben werden.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiaspeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Letzte Chance vertan: CDU und CSU knicken bei Agrardiesel-Abstimmung ein

Die AfD stellte am 20. März den Antrag „Deutsche Bauern nicht erneut belasten – Steuervergünstigung für Agrardiesel“ vor. Mit diesem Antrag hatten die Abgeordneten eine letzte Gelegenheit, die Steuererleichterung für Agrardiesel doch beizubehalten und damit schweren Schaden von der heimischen Landwirtschaft abzuwenden. Leider zeigte sich in der späteren namentlichen Abstimmung, dass nur die AfD Schaden von den Landwirten abwenden wollte. CDU und CSU sind mal wieder eingeknickt, darunter auch CSU-Abgeordnete aus meinem Wahlkreis im Oberallgäu. Nur die AfD steht an der Seite der Bauern – das war die letzte Chance den Agrardiesel zu retten.

Katastrophale Verpflegung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen besteht ein erhöhtes Risiko für Mangelernährung. Ihre Folgen sind weitreichend: mehr Komplikationen, schlechtere Heilungsverläufe, höhere Sterblichkeitsraten und somit in der Summe eine deutlich längere Krankenhausverweildauer. Bis zu 60 Prozent der Patienten und Pflegebedürftigen sind bei Aufnahme in Krankenhäusern und Pflegeheimen mangelernährt. Obwohl die Problematik seit Jahren bekannt ist, wird darauf in den betroffenen Einrich-

tungen immer noch zu wenig reagiert. Dabei ist dieser Zustand bei rechtzeitiger Diagnose schnell, effizient und nachhaltig behandelbar und geht sowohl mit einer Verbesserung des klinischen Verlaufes der betroffenen Patienten einher als auch mit einem außerordentlichen Einsparpotenzial im Gesundheits- und Sozialsystem.

Als ernährungspolitischer Sprecher habe ich deshalb einen entsprechenden Antrag zur Bekämpfung dieses Missstandes eingebracht.

Der Europarat hat bereits im Jahr 2003 erklärt, dass die hohe Anzahl von mangelernährten Patienten in europäischen Krankenhäusern nicht hinnehmbar ist und hierbei auch auf die gravierenden medizinischen sowie sozialen und gesundheitsökonomischen Folgen und Kosten hingewiesen. Es wird dringend Zeit, dass gerade auch in Deutschland dagegen politische Maßnahmen ergriffen werden. Wir brauchen bessere gesundheitliche Aufklärung und endlich auch entsprechende Vorgaben bei der Qualitätssicherung. Mit einem systematischen und routinemäßigen Mangelernährungsscreening sollten alle Patienten bei Aufnahme über validierte Screening-Methoden untersucht werden, um ein Risiko möglichst frühzeitig zu erkennen und eine Ernährungstherapie zu beginnen.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de

Renten steigern, aber richtig

Mit dem Rentenpaket II zeigt die Ampel-Regierung, wie man eine wichtige politische Maßnahme einleiten und trotzdem alles falsch machen kann. Zunächst kann man feststellen, dass die Renten in Deutschland viel zu gering sind: 10 Mio. Rentner leben unter der Armutsgrenze, die Durchschnittsrente ist ca. 800 € niedriger als in Österreich und wer 45 Jahre lang eingezahlt hat, bekommt oft nur unwesentlich mehr als der Bürgergeldempfänger, der nie gearbeitet hat. Diese Zahlen beschreiben den Offenbarungseid der SPD bei der Alterssicherung. Die Festschreibung des Rentenniveaus im Rentenpaket II auf 48% ist angesichts des großen Niedriglohnssektors viel zu niedrig. Grottenfalsch ist zudem die Schuldenfinanzierung, die voll zu Lasten der jungen Generation geht. Ganz zu schweigen davon, dass die Bundesregierung mit geliehenem Geld an der Börse spekulieren will.

persönliches Optimum zwischen Frührente mit Abschlägen oder längerer Lebensarbeitszeit mit Zuschlägen wählen kann. Zudem arbeiten wir daran den Griff der Politiker in die Rentenkasse zu beenden: beitragsfreie Rentenzahlungen würden dann zukünftig voll über die Steuer finanziert. Das allein führt zu einer außerordentlichen Rentenerhöhung von fast 12 Prozent. Und ganz entscheidend: die AfD würde Deutschland nicht deindustrialisieren, sondern der Wirtschaft die unternehmerische Freiheit zurückgeben. Das führt zu höherer Produktivität und Reallohnsteigerungen, die durch die Kopplung der Renten an die Lohnhöhe automatisch zu einer besseren Alterssicherung führen. Familien-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind nun einmal fest ineinander verwoben - zu komplex für die Ampel, aber glücklicherweise nicht für die AfD.

Was würde die AfD besser machen? Das kann man in unserem bereits 2020 beschlossenen Sozialprogramm nachlesen, z.B.: langfristig durch mehr Geburten wieder für genug Beitragszahler sorgen. Mittelfristig im öffentlichen Dienst weniger Beschäftigte verbeamten und dadurch die Beitragsbasis erweitern. Kurzfristig den Renteneinstieg flexibler gestalten, so dass jeder sein

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 [YouTube](https://www.youtube.com/gerrithuy)

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Rot-Grüner Krieg: „Es begann mit einer Lüge“

Laut Willy Wimmer war es ein schmutziger Deal zwischen Gerhard Schröder und Joschka Fischer mit Bill Clinton, der den Grundstein legte für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der 1999 grundgesetzwidrig erstmals seit der Herrschaft des Nationalsozialismus von deutschem Boden ausging. Mit Helmut Kohl sei der Kosovo-Krieg, den die USA aus geostrategischen Gründen unbedingt wollten, nicht zu machen gewesen. Rot-Grün ließ sich vom Zugriff auf das Kanzleramt locken und sagte im Gegenzug zu US-Wahlkampfhilfe die deutsche Kriegseteiligung zu – ohne UN-Sicherheitsratsmandat.

78 Tage lang fielen die Bomben. 60% zivile Ziele wurden angegriffen und 15 bis 35 Tonnen abgereicherte Uranmunition verschossen. Bis heute leiden viele Tausend Bewohner unter den Folgen des toxischen Staubs, der beim sinnlosen Verschießen der Uranmunition in die Umwelt versprüht wurde. Ein Partikel in den Lymphknoten reicht aus, um eine meist tödliche Krebserkrankung auszulösen. Viele Hundert KFOR-Soldaten, die nicht ausreichend gewarnt worden waren, sind ebenfalls erkrankt. Über 350 italienischen Soldaten wurden vor Gericht hohe Entschädigungssummen zugestanden. Dr. Srđan Aleksić, Rechtsanwalt im südserbischen Niš, vertritt ehrenamtlich die vielen serbischen Zivilopfer aus ländlichen Ge-

bieten, für die sonst niemand sorgt. Aleksić schilderte das Leiden der Uranmunitionsoffer beim von mir organisierten Serbien-Symposium am 20. März im Deutschen Bundestag. Weitere 1999 noch aktive Außenpolitikexperten aus Serbien, den USA und Deutschland ergänzten aus ihrem Blickwinkel die Analysen der europa-, außen- und verteidigungspolitischen MdB-Kollegen Prof. Dr. Harald Weyel, Petr Bystron und Gerold Otten: www.youtube.com/watch?v=pax_DEYrwr4&t=148s. Rot-Grün betätigt sich auch heute wieder als verantwortungslose Kriegscoalition, diesmal allerdings getrieben von der noch fanatischeren FDP und CDU/CSU.

Zum traurigen 25. Jahrestag fuhr ich mit über 30 Friedensfreunden nach Serbien um zu signalisieren, dass wir Deutsche heute erst beginnen zu verstehen, dass wir 1999 in eine Serie völkerrechtswidriger „Interventionen“ der NATO hineingelogen wurden, die jeweils den Ländern selbst, aber durch immense Flüchtlingswellen auch Europa geschadet haben. Die manipulative Einstimmung der Deutschen auf den Kosovo-Krieg wurde in einer 2001 noch auf ARD ausgestrahlten Doku kritisch aufgearbeitet: „Es begann mit einer Lüge“ (www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRiXm-NU). Präsident Vučić ehrte unsere Friedensfahrt mit der Einladung zu einem gemeinsamen Abendessen.



Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und GSVP
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📧 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**